



**Beschluss der 32.Landesmitgliederversammlung(LMV) in Würzburg
vom 19.- 21.April 2013**

Jede*r hat ein Anrecht auf Arbeit!

Leider haben noch immer nicht alle Menschen in Deutschland das Recht zu arbeiten. Diese Benachteiligung betrifft besonders Asylbewerber*innen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb:

- Flüchtlinge nicht länger auf dem Ausbildungsmarkt zu diskriminieren, indem ihnen eine Erwerbstätigkeit vollständig verboten wird, bzw. nur unter schwer zu erfüllenden Auflagen erlaubt wird.
- eine entsprechende Änderung des des Aufenthaltsgesetzes und Asylverfahrensgesetzes ein. Ebenso setzen wir uns für eine Öffnung des Ausbildungs-marktes ein. Alle Menschen haben ein Recht auf Arbeit.
- das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, das Flüchtlinge in seiner derzeitigen Form im Sozialsystem diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Menschen, die auf einer Flucht enorme Mühen auf sich genommen haben, durch niedrige Leistungen ein Leben unterhalb des materiellen Existenzminimums leben müssen und keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Egal ob in einem Beschäftigungsverhältnis oder nicht: jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben mit einem Einkommen oberhalb des Existenzminimums und Zugang zum Sozialsystem.

Beschluss der 32. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Würzburg (April 2013)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)